

USA legen kompletten Abrüstungsplan vor

Abschaffung aller nationalen Rüstungen in drei Stufen innerhalb von zehn Jahren

Genf (ap/dpa/upi). Die Vereinigten Staaten haben der Genfer Abrüstungskonferenz einen Drei-Stufen-Plan für eine allgemeine und vollständige Abrüstung vorgelegt. Nach dem Entwurf soll in einem Zeitraum von rund zehn Jahren eine vollständige Abschaffung aller nationalen Rüstungen und Streitkräfte und ihre Ersetzung durch eine internationale Streitmacht der Vereinten Nationen erfolgen. In dem Drei-Stufen-Plan, den der amerikanische Chefdelegierte Dean als das sorgfältigste Abrüstungsdokument bezeichnete, das je ausgearbeitet wurde, ist eine neuartige Kontrollmethode vorgesehen, die den sowjetischen Einwänden gegen eine Abrüstungskontrolle weit entgegenkommt.

In den drei Stufen der Abrüstung sind u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen.

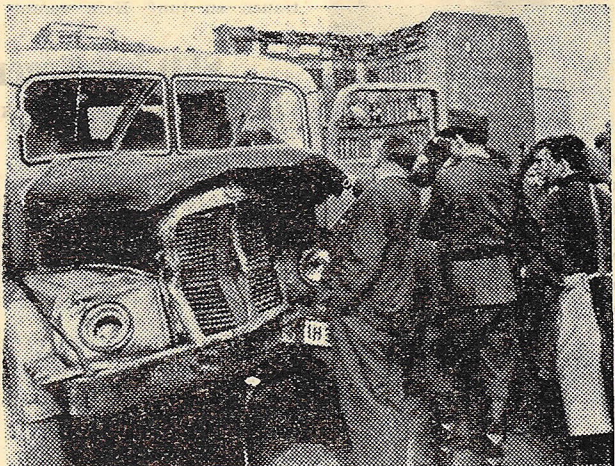
1. Stufe: Die herkömmlichen Rüstungen und die nuklearen Trägerwaffen werden um 30 Prozent herabgesetzt. Begrenzung der Truppenstärke der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion auf 2,1 Millionen Mann. Einstellung der Produktion spaltbaren Materials für Waffen zwecke. Von dem bereits gelagerten spaltbaren Material werden große Teile der Verwendung friedlicher Zwecke zugeführt. Verbot von Kernwaffenversuchen. Produktion, Lagerung und Start von Weltraumraketen werden beschränkt und kontrolliert. Maßnahmen gegen die Gefahr eines unbeabsichtigten Ausbruchs eines Atomkrieges. Schaffung einer internationalen Abrüstungsorganisation. Die Dauer dieser Stufe ist auf drei Jahre begrenzt.

2. Stufe: Herabsetzung der Rüstungen der USA und der Sowjetunion um weitere 50 Prozent. Reduzierung der Truppenstärke der Sowjetunion und der USA auf 1,5 Millionen Mann. Herabsetzung der Rüstungen und der Streitkräfte aller anderen Staaten auf 35 Prozent ihrer ursprünglichen Stärke. Beschränkung der Waffenproduktion auf die Herstellung von Ersatzteilen existierender Waffen. Aufstellung einer Friedensstreitmacht der Vereinten Na-

tionen. Einsetzung eines Internationalen Gerichtshofes, der obligatorische Jurisdiktion in allen internationalen Streitfällen besitzt.

3. Stufe: Alle nationalen Rüstungen und Streitkräfte werden abgeschafft. Die Produktion von Waffen wird auf die Bedürfnisse der Sicherheitstruppen und den Streitkräften der Vereinten Nationen beschränkt.

Im Todeskampf durch die Mauer Feuerhagel der Zonen-Grenzpolizei



Mit diesem Lkw durchbrachen drei junge Männer aus Ost-Berlin die Grenzsperrung an der Heinrich-Heine-Straße.

Berlin (dpa/upi). Buchstäblich im Todeskampf lenkte ein 24-jähriger Bauarbeiter aus Ost-Berlin einen 3-Tonnen-Lastwagen mit 80 Stundenkilometern durch eine zweieinhalb Meter breite Lücke in der Grenzmauer Heinrich-Heine-Straße nach West-Berlin. Der junge Mann starb wahrschein-

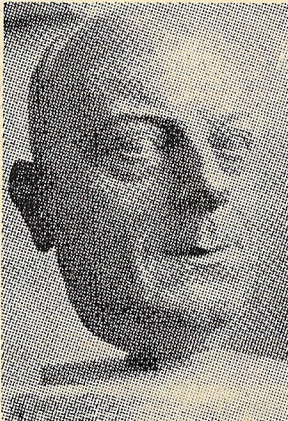
lich schon, von den Kugeln der Zonen-Grenzpolizei getroffen, ehe sein Wagen in West-Berlin auf eine Ruinenmauer prallte. Seine beiden Mitfahrer wurden jedoch gerettet und konnten West-Berlin verletzt, aber lebend, erreichen.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Vertrauen

H. K. (Bonn). In Bonn wurden strenge Nachforschungen angestellt. Gesucht wird der Mann, der die entscheidenden Teile aus dem Bericht des Washington-Botschafters Grewe an einige wenige Zeitungskorrespondenten gegeben hat. Die Bemühungen werden aller Voraussicht nach genauso enden

Walther Schreiber



Auf Beschluß des Berliner Senats wurde in der Brandenburghalle des Schöneberger Rathauses eine Bronzestatue von Walther Schreiber, dem früheren Regierenden Bürgermeister von Berlin, neben den Büsten von Ernst Reuter und Otto Suhr aufgestellt.

.....
wie die früheren Expeditionen dieser Art: mit einer Fehl-anzeige.

Bundespresseschef von Eckardt sagte in Bonn, die Indiskretion sei nicht mit einer (bösen) politischen Absicht verbunden gewesen. Wir teilen diese Meinung und würden den Bonner Nachforschern gerade deshalb empfehlen, ihre Kräfte wichtigeren Aufgaben zuzuwenden. Indiskretionen sind so alt wie die Geschichte der Diplomatie. Und im Falle der amerikanischen Berlin- und Deutschland-

Vorschläge haben der oder die Informanten der deutschen Sache gewiß nicht nur einen schlichten Dienst erwiesen.

In 48 Stunden wurde in Bonn immer wieder erklärt, die Bundesregierung habe die Vorschläge für die neuen Sondierungen mit Moskau seit langem gekannt und mit den Alliierten eingehend erörtert. Wir vermuten und hoffen, daß diese Darstellung nicht voll den Tatsachen entspricht. Wir können uns nämlich nicht vorstellen, daß die deutsche Regierung eine Behörde für den Zugang nach Berlin akzeptieren würde, in der neben vier westlichen und vier östlichen Vertretern auch noch drei sogenannte neutrale Beamte sitzen. Denn eine solche Regelung müßte die Grenzen des Zumutbaren sprengen.

Unter guten Freunden und Verbündeten muß man sich so etwas unverblümt ins Gesicht sagen können. Das gehört zum Sinn eines Vertrauenspaktes. Seit wann hätten Ehrlichkeit und ehrliches Wahrden der eigenen Interessen etwas mit Mißtrauen zu tun? Kein verant-

wortlicher Politiker in Bonn glaubt an eine Vertrauenskrise zwischen Deutschen und Amerikanern. Und jeder ist bereit, den Sorgen Kennedys um Berlin besondere Aufmerksamkeit zu zollen. Trotzdem darf man sich doch auf deutscher Seite Gedanken darüber machen, wie weit diese Überlegungen das Recht auf deutsche Einheit gefährden könnten.

Die Vereinigten Staaten müßten dafür um so mehr Verständnis haben, als niemand in Bonn daran denkt, den Bündnispartner an Artikel 7 des Deutschland-Vertrages zu erinnern, der das Recht auf Einheit als alliierte Pflicht verbrieft. Maßgebliche Politiker in Bonn sind nicht glücklich über den Ton, den die amerikanische Regierung gegenüber Botschafter Grewe angeschlagen hat. Er entsprach, so ließ man durchblicken, doch nicht ganz den Verkehrsformen unter Freunden. Und daß die deutsch-amerikanische Freundschaft Fundament unserer Politik für eine künftige deutsche Einheit sein muß — daran kann keine deutsche Politik rütteln.

SED hat Ärger mit Studenten

Umzug in Freiberg — „Provokation“ durch Lieder und Plakate

Berlin (ap). An der Bergakademie Freiberg in der Sowjetzone hat die „unsichere politische Haltung“ der Studenten des fünften Studienjahres zu einer Kontroverse mit der SED geführt. Wie bekannt wurde, haben die Studenten zum Abschluß einer Vorlesungsperiode einen Umzug durch Freiberg organisiert, bei dem sie Plakate mitführten und Lieder sangen, die nach Ansicht der SED „eine offensichtliche Provokation“ darstellten. Parteifunktionäre, die versucht hätten, den Umzug aufzulösen, seien von den Studenten „durch unfähige Bemerkungen“ beleidigt worden. Dafür hätten sich einige Beteiligte vor dem Disziplinarausschuß der Akademie verantworten müssen.

Er kannte Pankows Kost noch nicht
Angenfort vor Ostberliner Presse

Berlin (dpa). Der aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone entkommene Zuchthäusler

und ehemalige Chef der kommunistischen „Freien Deutschen Jugend“ in der Bundesrepublik, Angenfort, hat auf einer Pressekonferenz in Ost-Berlin über seine Flucht in die „DDR“ berichtet. Angenfort beklagte sich dabei darüber, daß er im Polizeigefängnis München gebrauchte Bettwäsche erhalten habe und das Essen im Zuchthaus Münster schlecht gewesen sei. Er behauptete, ohne nähere Einzelheiten mitzuteilen, nicht nur von Kommunisten, sondern auch von der Bevölkerung unterstützt worden zu sein. So habe ihm auch ein katholischer Geistlicher Unterkunft gewährt. Angenfort erklärte, seine Flucht sei eine „politische Niederlage“ der Bonner Ultras.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2

Kennedy siegte über Stahlindustrie

Großer innerpolitischer Erfolg des amerikanischen Präsidenten

Washington (dpa). Im Kampf um die amerikanischen Stahlpreise hat Präsident Kennedy einen entscheidenden Sieg über die Stahlindustrie errungen. Nach einer äußerst überraschenden Entwicklung gab zunächst die „Bethlehem Steel Company“ in Pennsylvania, der zweitgrößte Stahlherzeuger der USA, am Freitagabend bekannt, daß sie ihre bereits angekündigte Preiserhöhung nunmehr rückgängig machen werde. Ihr folgte kurz darauf die „US Steel Corporation“, der größte Produzent des Landes, mit der Rücknahme seiner Preiserhöhung.

Die „US Steel Corporation“ begründete ihren Entschluß mit

der „Konkurrenzsituation und allen anderen aktuellen Umständen, einschließlich der Überwindung ernster Hindernisse zu guten Beziehungen zwischen Regierung und Industrie“. Die anderen Unternehmen gaben ähnliche Erklärungen ab. Von politischen Beobachtern wird Kennedys Triumph über die Stahlinteressen, der, wenn überhaupt, keineswegs so schnell erwartet worden war, als der bisher größte Erfolg des Präsidenten angesehen und allgemein begrüßt.

Der Rückzieher der Stahlindustrie ist das Ergebnis äußerst entschlossenen Vor-

gehens der Regierung gegen die Stahlmagnaten. Präsident Kennedy, der sich seit dem vorigen Sommer bemühte, im Interesse der amerikanischen Konjunktur-Entwicklung eine inflationistisch wirkende Preissteigerung für Stahl zu verhindern, hatte in seiner Pressekonferenz am Mittwoch mit größter Schärfe die „Macht- und Profitsucht“ der Stahlwerke angegriffen. Am nächsten Tag holte die Stahlindustrie zum Gegenschlag aus mit der Erklärung des Präsidenten der „US Steel“, Bough, höhere Stahlpreise seien notwendig, wenn Amerika seine Stahlwerke modernisieren wolle.

Im Todeskampf durch die Mauer

(Fortsetzung von Seite 1)

Westberliner Polizisten erklärten später, die beiden Flüchtlinge hätten von Glück sagen können, daß sie dem Feuerhagel der Zonen-Grenzpolizisten noch lebend entronnen sind.

„Volksarmisten“ flohen ...

Wenig später versuchten im Süden Berlins zwei Unteroffiziere der „Volksarmee“ zu fliehen. Nur einer erreichte Zehlendorf, der andere wurde von kommunistischen Grenzposten niedergeschossen und ist wahrscheinlich verblutet.

Mit einem einzigen Satz berichtete die Sowjetzonen-Nachrichtenagentur adn über den Grenzdurchbruch in der Heinrich-Heine-Straße.

... und auch Grenzsoldaten

Fünf Sowjetzonenbewohnern, unter ihnen drei Angehörige der Grenztruppe, sind über die Zonengrenze nach Bayern geflüchtet.

Nach dem Lastwagendurchbruch in der Heinrich-Heine-Straße scheint die Volkspolizei jetzt die Sektorengrenze nach „undichten Stellen“ zu überprüfen. Wie die Westberliner Polizei mitteilte, errichteten Ostberliner Grenzpolizisten in aller Eile eine Straßensperre aus Betonplatten. Bisher war die Grenze nur durch einen Stacheldrahtzaun abgesperrt.

Abbruch der Universitätskirche Leipzig

Leipzig (kna). Die alte Universitätskirche von Leipzig soll in Kürze abgebrochen werden, um dem von den Sowjetzonenbehörden geplanten Universitätsneubau Platz zu machen. Dies wird aus zuverlässiger Quelle bekannt. Der Abbruch dürfte unmittelbar im Anschluß an die Renovierung der Thomas-Kirche ohne vorherige Ankündigung begonnen werden.

Bereits einmal hatte der entschiedene Widerstand weiter Kreise den geplanten Abbruch der aus dem 15. Jahrhundert stammenden Universitätskirche verhindert. Im November 1960 legte die SED diese Pläne schließlich zu den Akten. Diesmal suchen die kommunistischen Machthaber ihn mit der Wiederherstellung der Thomas-Kirche, die mit staatlichen Beihilfen zustande gekommen ist, zu rechtfertigen.

Sowjets durften nicht reden

Hamburg (upi). Zwei Diplomaten der sowjetischen Botschaft in Bonn ist vom Hamburger Senat indirekt nahegelegt worden, auf einer Hamburger Veranstaltung von Gegnern der Atombewaffnung nicht zu sprechen. Dem zweiten Sekretär der Botschaft, Wladimirov, und einem Angestellten der Presseabteilung wurde mitgeteilt, wenn sie auf der Ver-

anstaltung reden würden, sei mit der Auflösung der Versammlung zu rechnen. Der Hamburger Senat erklärte, es spreche nicht dem „diplomatischen Stil“; in fremden Ländern auf Parteiversammlungen zu agitieren.

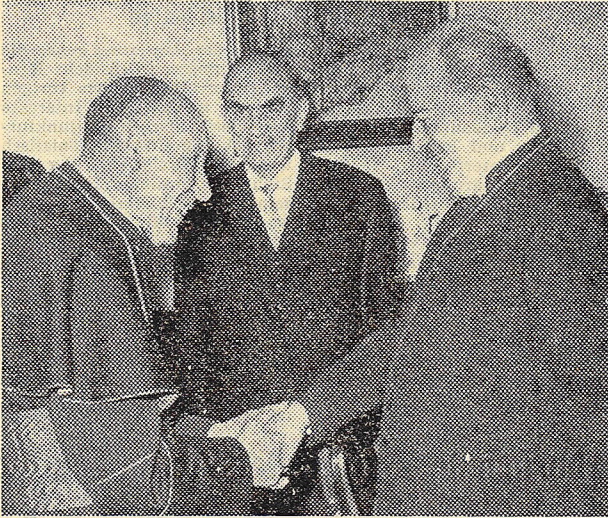
USA entlassen 20 000 Soldaten

Washington (dpa). Die USA wollen etwa 20 000 Offiziere und Mannschaften der USA-Reserve, deren Dienstzeit wegen der Berlin-Krise verlängert worden war, noch vor dem 1. Juli aus dem Dienst entlassen. Kennedy hatte bereits die Demobilisierung von rund 50 000 Reservisten und Angehörigen der Nationalgarde für diesen Sommer angekündigt.

SED spricht von Würde

Berlin (dpa). „Weil wir Würde haben, werden auf dem Bahnhof Friedrichstraße und an den anderen Grenzübergangsstellen keine Passierscheinausgaben für Westberliner eingerichtet.“ Dies erklärte der Leiter der Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees, Sindermann, im „Intelligenzklub“ in Klein-Machnow auf die Frage, warum nicht nach der Schließung der Passierscheinstelle im Bahnhof Zoo Passierscheine an der „Staatsgrenze“ ausgegeben würden.

Kardinal Bea bei Scharf und Dibelius



Berlin (dpa). Der deutsche Kurienkardinal Bea hat in Berlin Gespräche mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche in Deutschland, Præses Scharf, sowie dem evangelischen Bischof von Berlin, Dibelius,

geführt. In der Unterredung wurden die gemeinsam interessierenden Fragen besprochen, die mit dem bevorstehenden Konzil und den Einheitsbestrebungen in der Christenheit zusammenhängen.

Unsere Stadt zu Gast in München

Kulturelle und sportliche „Berliner Wochen“ an der Isar

Aus der für Anfang Juni geplanten Berlin-Woche in München sind „Berliner Wochen“ geworden. Die Beteiligungsfreudigkeit in beiden Städten ist so groß, daß das Programm vom 23. Mai bis zum 8. Juni ausgedehnt werden mußte.

Das umfangreiche Programm reicht von Politik und Wirtschaft über Kunst und Wissenschaft bis zum Sport. Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Ernst Lemmer, und Münchens Oberbürgermeister, Dr. Hansjochen Vogel, werden bei einer Kundgebung auf dem Münchener Marienplatz sprechen. Brandt wird voraussichtlich an der Münchener Autobahnausfahrt nach Berlin ein Denkmal mit dem Berliner Bären enthüllen. Bischof D. Dr. Otto Dibelius wird im Kongreßsaal des Deutschen Museums das Thema „Wir sind doch alle Brüder“

behandeln. Kardinal Döpfner wird ein Pontifikalamt zelebrieren. Bürgermeister Franz Amrehn hat seine Teilnahme an einer politischen Podiumsdiskussion zugesagt.

Gastspiele des Chors der Berliner Sankt-Hedwig-Kathedrale,

2000 Häftlinge in Waldheim

70 Prozent aus politischen Gründen verurteilt

Leipzig (dpa). Rund 2000 Häftlinge, von denen 70 Prozent aus politischen Gründen verurteilt wurden, saßen Anfang März in dem sowjetzonalen Zuchthaus Waldheim im Bezirk Leipzig. Wie der Untersuchungsausschuß „Freiheitlicher Juristen“ berichtete, handelt es sich vorwiegend um Mitglieder „Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften“ und um selbständige Unternehmer.

Nach Angaben des Untersuchungsausschusses erhalten

der Deutschen Oper Berlin, des Berliner Renaissance-Theaters, des Schloßpark-Theaters und ein Konzert der Berliner Philharmoniker sind Höhepunkte des kulturellen Programms.

Ulbrichts Neffe nach zwölf Jahren Haft frei

Berlin (dpa). Der Neffe des SED-Chefs Ulbricht ist Ende Februar nach mehr als zwölfjähriger Haft aus dem Sowjetzonen-Zuchthaus Waldheim entlassen worden, meldete gestern der „Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen“. Gerhard Ulbricht war seinerzeit wegen angeblicher Wirtschaftsverbrechen zu sechseinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Wegen abfälliger Bemerkungen über das Zonenregime und seinen Onkel, zu denen er während seiner Haft provoziert worden war, erhielt er zusätzlich sechs Jahre Zuchthaus.

Sowjetjäger stören über Berlin

Berlin — Neue Störungen in Berlin haben sich während der Osterfeiertage die Sowjets und ihre Helfershelfer in Pankow ausgedacht. Während sowjetische Düsenjäger wiederum in den Luftkorridoren operierten und über Berlin mehrfach die Schallmauer durchbrachen, forderte Zonen-Innenminister Maaron in einem Brief an die Regierenden Bürgermeister Brandt, die geplante Maifeier auf dem Platz der Republik auf einem anderen Platz stattfinden zu lassen.

die Häftlinge als Warmverpflegung fast ausschließlich Graupen, Ledirrgemüse und Makkaroni. Delliglich dienstags würden Salzheringe und Graubrot ausgegeben. Obst und andere vitaminreiche Lebensmittel gäbe es nie. Als sogenannte Kaltverpflegung erhielten die Häftlinge in Waldheim täglich 30 Gramm Margarine und 30 Gramm Wurst, abwechselnd außerdem jeden zweiten Tag einen Eßlöffel Marmelade oder 50 Gramm Zucker.